

# Dels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.  
Pränumerationspreis viertel-  
jährlich 60 Npf., durch die  
Post bezogen 75 Npf.



Insertate werden bis Donner-  
stag Mittag in der Expediti-  
on angenommen und kostet die ge-  
spaltene Zeile 10 Npf.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.

Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

**Nr. 39.**

Dels, den 20. September 1878.

**16. Jahrg.**

## Am t l i c h e r T h e i l.

### A. Bekanntmachungen des Königl. Landraths-Amts.

Nr. 288. Dels, den 19. September 1878.

Wie früher, habe ich auch in neuerer Zeit wiederholt die Erfahrung gemacht, daß viele Auktoral-Besitzer ihr Mobiliar, Wirtschaftszubehör und die Grutbestände gegen Feuersgefahr unversichert lassen, so daß sie um so empfindlicher von Brandschäden betroffen werden und oft dadurch in große Noth gerathen.

Ich veranlasse deshalb die Gemeindevorstände, von Zeit zu Zeit in den Geboten auf die Segnungen auch des Mobiliar-Versicherungswezens hinzuweisen und gegen die in dieser Beziehung vorherrschende Gleichgiltigkeit überhaupt anzukämpfen, wobei namentlich hervorzuheben ist, daß in Folge von Verlusten durch Brand ein Steuer-Erlass nicht stattfindet und eine Inanspruchnahme der öffentlichen Mildthätigkeit durch den Verunglückten nicht gestattet werden kann, insbesondere auch die Sammlung milder Gaben für ihn von Haus zu Haus unzulässig ist.

Nr. 289. Berlin, den 3. Juli 1878.

Gesetz, betreffend die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Die Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse, welche dasselbe im Kriege gegen Frankreich 1870/71 in den unteren Chargen bis zum Feldwebel

einschließlich erworben haben, erhalten vom 1. April 1878 ab eine Ehrenzulage von drei Mark monatlich.

§ 2. Diese Ehrenzulage erhalten von demselben Zeitpunkte ab unter den im § 1 angegebenen Voraussetzungen auch die Inhaber des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse, wenn sie zugleich das preussische Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse oder eine diesem gleichzuachtende militärische Dienstauszeichnung besitzen, welche entweder in einem der seit 1866 mit Preußen verbundenen Landestheile vor der Vereinigung, oder in einem der anderen Bundesstaaten vor dem Kriege 1870/71 verliehen worden ist. Die Bestimmung darüber, welche Dienstauszeichnungen hiernach außer dem preussischen Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse neben dem Besitze des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse zum Bezuge der Ehrenzulage berechtigen, erfolgt durch den Kaiser.

§ 3. Die Ehrenzulage wird auf Lebenszeit gewährt und unterliegt nicht der Beschlagnahme. Das Anrecht auf die Ehrenzulage erlischt mit dem Eintritt der Rechtskraft eines strafgerichtlichen Erkenntnisses, welches den Verlust der Orden zur Folge hat.

§ 4. Die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Ehrenzulagen, deren Anweisung, Zahlung und Verrechnung durch die Militärverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg erfolgt, sind aus dem Reichsinvalidenfonds neben den im § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 (Reichs-Gesetzblatt S. 113) und im § 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1877 (Reichs-Gesetzblatt S. 495) darauf angewiesenen Ausgaben zu bestreiten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterchrift und begedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 2. Juni 1878.

(L. S.)

gez. Wilhelm.

gez. Fürst v. Bismarck.

Das vorstehende Gesetz wird bezüglich derjenigen zum Empfange der Ehrenzulage berechtigten Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71, welche dasselbe als Angehörige der preussischen Armee erworben haben,

bezw. jetzt dem preussischen Armee-Verbande angehören, mit nachfolgenden Bestimmungen zur Kenntniß gebracht:

- 1) Die Ehrenzulage ist monatlich postnumerando zahlbar. Die Zahlung derselben erfolgt durch die Corpzzahlungsstellen und zwar:  
an alle Empfangsberechtigte, soweit dieselben Militärpersonen des Friedensstandes sind, unter Vermittelung der zuständigen Truppen-Kassen an alle übrigen Empfangsberechtigte unter Vermittelung der Kassen der Ortsbehörden bis einschließend der Regierungs- u. Haupt-Kassen.
- 2) Die Zahlung ist nur zu leisten gegen Vorzeigung eines die Empfangsberechtigung bescheinigenden Legitimationsattestes und gegen Aushändigung einer vollständigen über die Zahlung des Betrages aus der betreffenden Corpzzahlungsstelle lautenden Quittung, auf welcher die Unterschrift und das Siegel, sowie der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte des Empfängers durch den Truppentheil bezw. die Ortsbehörde bescheinigt ist.
- 3) Behufs Erlangung dieses Legitimations-Attestes haben sämmtliche nach dem vorstehenden Gesetze zum Empfange der Ehrenzulage berechtigten Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71 und zwar soweit dieselben zu den Militär-Personen des Friedensstandes gehören, auf dem militärischen Dienstwege, alle übrigen durch Vermittelung derjenigen Bezirks-Kommandos, in deren Controlbezirk ihr Wohnsitz belegen ist, die Besitzzeugnisse über die zum Bezuge der Ehrenzulage berechtigenden Dienstauszeichnungen unter Namhaftmachung der Kasse, aus welcher sie die Zulage zu erheben wünschen, den General-Kommandos ihres Corpsbezirks einzureichen. Empfangsberechtigte, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Militär-Verwaltungsbereichs von Preußen haben, reichen ihre Besitzzeugnisse dem ihnen nächst gelegenen Bezirkskommando ein.

Welche nichtpreussischen Dienstauszeichnungen dem preussischen Militär-Ehrenzeichen II. Klasse gleichzuachten sind, wird nach Maßgabe der Bestimmung in § 2 des Gesetzes besonders bekannt gemacht werden.

- 4) Die General-Kommandos stellen nach Prüfung der Besitzzeugnisse bei Rückgabe derselben jedem Empfangsberechtigten ein Attest dahin aus:  
daß der (Name, Titel, Wohnort) auf Grund der vorgelegten Besitzzeugnisse über die (zu bezeichnenden) Dienstauszeichnungen zum Empfange der Ehrenzulage von drei Mark monatlich nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 2. Juni 1878 (N. G. Bl. S. 99) berechtigt ist. Gleichzeitig ist von den General-Kommandos eine monatliche Nachweisung von den in ihrem Corpsbereiche vorhandenen berechtigten Empfängern unter Angabe der für den Bezug der Ehrenzulage namhaft gemachten Empfangsstellen anzufertigen und diese der Corps-Intendantur zu übermitteln.
- 5) Die Corps-Intendanturen haben unter Zugrundelegung dieser Nachweisung die Corpzzahlungsstellen zur fortlaufenden Zahlung der Zulage an

die aufgeführten Empfangsberechtigten durch die namhaft gemachten Kassen anzuweisen.

- 6) Empfangsberechtigte, welche ihren Wohnsitz wechseln und demgemäß die Zulage aus einer anderen als der ursprünglich namhaft gemachten Kasse zu erheben wünschen, haben dies Behufs der erforderlichen Uebersetzung der Intendantur desjenigen Corpsbezirks, in welchem sie ihren bisherigen Wohnsitz gehabt, anzuzeigen bezw. durch die Ortsbehörden anzeigen zu lassen. Geht ein Empfangsberechtigter ins Ausland, so wird die Zulage von derjenigen Intendantur zahlbar gemacht, in deren Bezirk er zuletzt seinen Wohnsitz gehabt und die Zulage empfangen hat.
- 7) Die Verrechnung der gezahlten Beträge durch die Corpzzahlungsstellen hat bei dem Reichs-Invalidenfonds Kapitel 75 bis 78 der fortbauenden Ausgaben des Reichshaushalts-Etats und zwar für das Jahr 1878/79 als außeretatmäßige Ausgabe, vom Etatsjahre 1879/80 ab bei der im Etat des Reichs-Invalidenfonds besonders anzuführenden Position zu erfolgen. Die von den Corpzzahlungsstellen zu legende Rechnung hat die Namen aller Empfänger ihres Bezirks in alphabetischer Folge und die gezahlten Beträge nachzuweisen.
- 8) Die Abnahme der Seiten der Corpzzahlungsstellen zu legenden Jahresrechnung erfolgt durch die Corps-Intendanturen.
- 9) Zum Zwecke der weiteren Bekanntmachung dieser Bestimmungen event. auch durch die Amtsblätter haben die General-Kommandos sich mit den Bezirks-Regierungen u. in Verbindung zu setzen.

Kriegsministerium. gez.: v. Kamake.

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch den nicht mehr dem Friedensstande der Armee angehörigen Empfangsberechtigten mit der Aufforderung bekannt gemacht, die in Händen habenden Besitzzeugnisse, sowie die Atteste darüber, daß sie sich im Genuße der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, alsbald den Bezirks-Feldwebeln respective den Bezirks-Kommandos gegen Quittung einzureichen, worauf demnächst die Ausstellung der Zahlungs-Anweisung und der Empfangs-Atteste für die Berechtigten erfolgen wird, deren Aushändigung, sowie Rückgabe der Besitzzeugnisse gegen Austausch der vorstehend erwähnten Quittung wiederum durch die Bezirks-Feldwebel resp. die Bezirks-Kommandos stattfindet.

Alle Anträge, welche nicht auf dem vorstehend vorgeschriebenen Wege hier eingehen, bleiben unberücksichtigt und werden dem Einsender portopflichtig zurückgegeben.

Breslau, den 27. Juli 1878.

Der kommandirende General. gez.: v. Tümping.  
Dels, den 13. September 1878.

Vorstehendes Gesetz nebst Ausführungsbestimmungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 290. Neues Palais bei Potsdam,  
den 30. August 1878.

Auf den Bericht vom 29. August d. J. will Ich dem Leipziger Künstlerverein hierdurch gestatten, zu

derjenigen Lotterie von Kunstwerken, welche er zum Besten des Baufonds des dortigen Künstlerhauses mit Genehmigung der königlich sächsischen Regierung im Monat November d. J. daselbst zu veranstalten beabsichtigt, auch innerhalb des diesseitigen Staatsgebietes Loose zu vertreiben.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs.

gez. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

ggz. Graf Eulenburg.

An den Minister des Innern.

Vorstehende Allerhöchste Ordre wird höherer Anordnung zufolge hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 7. September 1878.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dels, den 16. September 1878.

Wird mit dem Bemerken publicirt, daß der Preis für ein Loos 3 Mark beträgt.

Nr. 291. Breslau, den 15. August 1878.

### Bekanntmachung.

Durch Gesetz vom 27. Februar 1878, Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus betreffend, ist in § 1 bestimmt, daß, wenn das Vorhandensein der Reblaus auf einem zur Rebkultur benutzten Grundstücke oder an einzelnen stehenden Rebstücken von den durch das Reichsgesetz vom 6. März 1875 bestimmten Aufsichts-Commissariaten oder Sachverständigen festgestellt worden ist, der Ober-Präsident unter Anderem verbieten kann,

daß Reben und Rebtheile, sowie andere Pflanzen und Pflanzentheile, gleichviel ob bewurzelt oder ungewurzelt, von dem bezüglich Grundstücke abgegeben oder überhaupt entfernt werden.

In ganz dringenden Fällen können diese Anordnungen jedoch auch von der Ortspolizeibehörde vorläufig ausgesprochen werden. Hiervon ist dem Ober-Präsidenten aber unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Indem ich die städtischen Polizei-Verwaltungen und die Amtsvorsteher auf vorstehende Bestimmungen aufmerksam mache und denselben mittheile, daß der Herr Reichskanzler den Kunst- und Handelsgärtner Herrn Bromme zu Grünberg als Reichs-Aufsichts-Commissarius und den Herrn Dr. Gallus zu Sommerfeld als Sachverständigen für die Weinbau Gegenden der Provinz Schlesien ernannt hat, weise ich die genannten Polizeibehörden hierdurch an, nicht nur überall da, wo von diesen Organen ihr Beistand zur Ausführung von Untersuchungen etc. in Anspruch genommen wird, auch Vünklischke hilfreiche Hand zu leisten, sondern in allen zu ihrer Kenntniß gelangenden Fällen einer Infection oder eines Verdachtes derselben unter Angabe der zum Grunde liegenden Thatsachen und etwaigen Ermittlungen mir ungesäumt und unmittelbar eventuell unter Benützung des Telegraphen Anzeige zu machen, worauf ich das Weitere veranlassen werde.

Zugleich mache ich die landwirthschaftlichen und Gartenbau-Vereine der Provinz darauf aufmerksam, daß jeder Eigenthümer oder Nutzungsberechtigter ge-

seglig verpflichtet ist, von dem Vorhandensein der Reblaus und von allen verdächtigen Erscheinungen, welche das Vorhandensein der Reblaus befürchten lassen, der Ortspolizeibehörde unverzüglich Kenntniß zu geben.

Endlich werden die Ortspolizei-Behörden noch veranlaßt, Personen, welche sich etwa durch Absolvierung eines sogenannten Reblaus-Cursus entweder bei der Obst- und Weinbau-Anstalt zu Geisenheim oder in dem Institut des Dr. Blankenhorn in Carlsruhe die erforderlichen Kenntnisse angeeignet haben, aufzufordern, sich behufs ihrer etwaigen Berücksichtigung bei vorläufigen Untersuchungen und in wenig wichtigeren Fällen bei mir ein für alle Mal zu melden.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.  
von Puttkamer.

Nro. 292. Dels, den 12. September 1878.

Der landwirthschaftliche Wanderlehrer Herr Arndt gedenkt, an den nachstehend bezeichneten Tagen in den Ortscasteln Schmollen, Klein-Elguth, Rathe, Stampen, Sibyllenort und Gr.-Weigelsdorf Vorträge zu halten, deren Besuch ich im Interesse der Landwirthschaft empfehle.

Die Ortsbehörden wollen dies zur Kenntniß der Ortseinsassen bringen und dieselben noch besonders zum Besuche dieser Vorträge einladen, sowie auch für geeignete Locale, in denen die Vorträge abgehalten werden können, Sorge tragen. Dienstag, den 24. September 1878, Abends 8 Uhr, in Schmollen, Mittwoch, den 25. September 1878, Abends 8 Uhr, in Klein-Elguth, Donnerstag, den 26. September 1878, Abends 8 Uhr, in Rathe, Freitag, den 27. September 1878, Abends 8 Uhr, in Stampen, Sonntag, den 29. September 1878, Nachmittag 4 Uhr, in Sibyllenort, und Montag, den 30. September 1878, Abends 8 Uhr, in Gr.-Weigelsdorf.

Nr. 293. Dels, den 19. September 1878.

Am 8. September cr. ist unweit des sogenannten Wolfskreischams bei Sibyllenort eine Quantität Hanf aufgefunden worden. Der betreffende Eigenthümer kann denselben bei dem Gnsdarmen Kauf in Peuke in Empfang nehmen.

Nr. 294. Dels, den 19. September 1878.

### Personal-Chronik.

Bereidet wurden: am 8. d. M. der Gastwirth Carl Kieß aus Buchwald, Frei Anth., als Schöffe für die genannte Gemeinde und am 13. d. Mts. der Freisteller Robert Strauß zu Gr.-Graben als Gemeinde-Exccutor für die genannte Gemeinde.

Nr. 295. Dels, den 14. September 1878.

### Gegenwärtig vacante,

mit Militairantwärttern zu besetzende Stellen.

Böhmischdorf, Postamt, Landbriefträger, 450 M. Gehalt, 60 M. Wohnungsgeldzuschuß;  
Glas, Magistrat, Ranglist, 540 M. Remuneration;

Waldburg, Magistrat, Bureau-Beamter im  
Magistrats-Bureau, 1200 M. jährlich.

Der Königliche Landrath.  
v. Rosenburg.

## B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Dels, den 11. September 1878.

Steckbriefs-Erledigung.

Der unterm 25. August 1878 hinter dem Handelsmann Julius Schädel aus Breslau erlassene Steckbrief ist erledigt.

Königliches Kreis-Gericht.  
Erste Abtheilung.

Berlin, W., den 7. September 1878.

### Bekanntmachung.

Vom 1. October ab werden für den Verkehr im Weltpostverein besondere mit einem Frankostempel von 10 Pf. versehene Weltpostkarten eingeführt, welche bei sämtlichen Reichspostanstalten für den Stempelwerth verkauft werden.

Diese Karten sind für Mittheilungen nach allen denjenigen Ländern verwendbar, wohin das Porto für den gewöhnlichen frankirten Brief 20 Pfennig beträgt. Im Verkehr mit solchen Ländern, wohin ein Briefportosatz von 40 Pfennig zur Anwendung kommt, können die neuen Postkarten dagegen nur nach vorgängiger Vervollständigung des Werthbetrages

des Stempels auf 20 Pfennig benutzt werden. Unfrankirte oder unzureichend frankirte Postkarten gelangen nicht zur Absendung.

Anderer, als von der Reichs-Postverwaltung ausgegebene und unmittelbar mit dem Frankostempel versehene Postkarten werden im internationalen Verkehr zur Postbeförderung nicht zugelassen.

Der General-Postmeister.

Stephan.

Berlin W., den 10. September 1878.

### Bekanntmachung.

Beitritt der Republik Peru zum Allgemeinen Postverein.

Zum 1. October tritt die Republik Peru dem Allgemeinen Postvereine bei. Das Porto für Briefsendungen nach Peru beträgt vom obigen Zeitpunkte ab bei frankirten Briefen 40 Pfennig für je 15 Gramm, bei Postkarten 20 Pfennig; bei Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapieren 10 Pfennig für je 50 Gramm. Bei unfrankirten Briefen kommen 60 Pfennig für je 15 Gramm zur Erhebung. Die Einschreibgebühr beträgt 20 Pfennig; für die Beschaffung eines Rückscheins tritt eine weitere Gebühr von 20 Pfennig hinzu.

Der General-Postmeister.

Stephan.

# 1. Beilage zu Nr. 39 des Dels'er Kreisblattes.

## **Fürst Bismarck und die Arbeiterpartei.**

Aus der Rede des Reichstanzlers  
bei der ersten Lesung des Sozialistengesetzes in der  
Sitzung des Reichstages vom 17. September.

Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie, genau genommen, auch heute noch nicht, mich an den Diskussionen der ersten Lesung zu betheiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort ergreife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das prinzipielle und rhetorische Feld einzugehen, das der Vorredner (Dr. Hänel) soeben betreten hat; es werden sich die Sachen in ihre praktischen Details wohl auflösen, wenn wir sie in der Kommission und in der zweiten Lesung verhandeln. Ich bin nur dazu gezwungen durch den Umstand, daß der Abg. Bebel gestern, sowie früher der Abg. Richter auch schon ähnliche Andeutungen gemacht hat, einer Legende über mich zum Organ gedient hat, die, wenn ich hier nicht widerspreche, doch schließlich Geschichte werden könnte, wie so manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Kosten verbreitet worden ist und die allmählig eine gewisse Konsistenz gewonnen hat. Der Abgeordnete Richter hat über die sogenannte Hödel'sche Vorlage in meiner Abwesenheit schon angedeutet, ich hätte mich mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwicklung der Sachen auferlegen; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der ländlichen Einsamkeit gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Abg. Richter sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes „Sozialdemokratie“ klammert und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegt, und dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind, unter dem Begriff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Abg. Richter so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesamtarbeit, seine und die seiner Arbeitgeber zusammen, hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe, und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben, auch noch fortzusetzen und rechne mir das zur Ehre an. Der Abgeordnete Richter wird doch schwerlich Leute, die sich damit vor 16 Jahren befaßten, das Loos der Arbeiter zu verbessern, auch diejenigen, — ich nenne jemand, der mir durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlich näher gestanden hat, also Rodbertus und ähnliche Leute der Wissenschaft und des Wohlwollens für Arbeiter — die wird er doch nicht mit

dem Mordmesser der Nihilisten und mit der Flintenobolung's in eine Kategorie werfen wollen! — Bei dem Abgeordneten Bebel nehme ich nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gesagt hat, bekannt gewesen ist. Es ist ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er diese Zusammenstellung von Wahren und Falschem, die ich mir aus dem gestrigen Berichte habe geben lassen, selbst erfunden hätte, dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der „Times“ oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. Er fängt seine Geschichtserzählung mit vielen Details an, als hätte er sie genau im Gedächtniß oder selbst erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt; aber leider setzt er sie etwas zu früh an. „Im September 1862 erschien eines Sonntags in Mitte unseres Comité's ein Herr Eichler im Auftrage der preussischen Regierung, speziell des Fürsten Bismarck.“ Nun wissen die Aelteren unter uns, daß ich in meine amtlichen Funktionen eingetreten bin am 23. September 1862, also in der letzten Woche des Monats, in welchem ich dem Eichler einen Auftrag gegeben haben soll. Ich kam damals aus dem Auslande nach einer langen Abwesenheit, während welcher ich die Gelegenheit nicht gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Manne wie Eichler ist, zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz dieses Menschen gar nichts gewußt und sollte im September 1862, also in dem Moment, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gefecht dem Landtage gegenüber hineingeriet, wo ich jeden Abend Kommissionsitzungen hatte, wo ich so zu sagen froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werden, bald nach Paris zu gehen und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich hier schon mit Herrn Eichler gesprochen haben und dieser erscheint schon „im speziellen Auftrage des Herrn v. Bismarck“. —

Im Uebrigen kann ich versichern, daß ich in meinem Leben mit keinem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir, denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen (Nachfolger), das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Also es ist dies vollständig von Anfang bis zu Ende unwahr und Herrn Bebel wird es gewiß lieb sein, dies zu erfahren, denn ich stelle dadurch der Sozialdemokratie das Zeugniß aus, daß sie nie gebührt hat mit der ministeriellen Macht, um sich zum Werkzeug gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen. Aber es ist dies unwahr, daß das von ministerieller Seite jemals versucht worden ist.

Was nun das betrifft, daß ich mich damals gegen den Fortschritt wenden wollte, nun jeder, der noch ein Gedächtniß an jene Zeit hat, wird sich noch erinnern, daß ich im Winter 1862/63 offenbar auf eine Versöhnung, nicht auf einen Konflikt rechnete. Ich brauche nur an das Vinde'sche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von Seiten Sr. Maj. des Königs ich mit einiger Mühe erreicht hatte, was

aber die dadurch angestrebte Vermittelung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten sollte. Es ist nicht meine Absicht, alte Streitigkeiten zu erneuern, sondern zu beweisen, daß ich damals durchaus nicht in der Stimmung war, nach einem Bündniß wilder Völkerschaften zu suchen, sondern daß sie auf eine Versöhnung gerichtet war.

„Dann trat Lassalle auf“ (so heißt es weiter in Debels Rede) „und von Neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hagfeld angefangen.“ Das machte mir beim Lesen einen komischen Eindruck. Selbst in diesen Kreisen kann man ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Gesandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das Ganze glaublich zu machen und um den Zuhörer, der außer Stande ist, nach seinem Bildungsgange zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedauere, daß man dem Abg. Bebel den königlichen Prinzen — es giebt deren sehr viele — nicht näher bezeichnet hat. Wenn er seinen Gewährsmann darum vielleicht bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, daß der Prinz unter den sechs oder acht, die damals lebten, näher bezeichnet würde. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinziplichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hagfeld habe ich nicht die Ehre zu kennen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis mit mir in Beziehung zu treten, und nachdem ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich, Briefe zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich dazu bestimmten, seinen Wunsch zu erfüllen und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei bis vier mal gesehen, sondern im Ganzen drei bis vier mal. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des (Gabe und Gegengabe) eine Sache, die im Hintergrunde schlummert, auch wenn man anstandslos einstellt nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: Was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und lebenswürdigsten Menschen, mit denen ich jemals verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner in dieser Art, er hatte eine sehr ausgeprägte nationale Gesinnung; seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen gewissen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohen-

zollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego (ein niederschmetterndes Machtwort) zugeschlendert und mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie wohl außer Stande gesetzt haben, seinen Namen zu gebrauchen. Lassalle war ein kluger und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war, unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie geschlossen waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie sie sich zwischen uns gebildet hatten, indem er den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam; er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und lebenswürdiger Weise, und Jeder, der ihn kannte, wird mir in dieser Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen abgeschlossen werden konnten, aber ich bedauere, daß seine politische Stellung und die meine mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren und ich würde mich freuen, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben.

Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja doch meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu informiren, und ich würde in Folge dessen auch, wenn der Abg. Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen; ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erfähre, wie der Abg. Bebel und seine Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie uns durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. Es ist das außerordentlich schwierig, so lange wir darüber fast in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie wissen auch nichts, es wird ihnen versprochen, es werde besser werden bei wenig Arbeit und viel Geld — woher das kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Veralterung der Besitzenden geschieht, denn dann wird der Arbeitssame und Sparsame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht ist, wenn Jedem das Seinige zugewiesen werden soll, strebt man eine zucht hausmäßige Existenz an, wo keiner seinen Beruf und seine Lebensweise hat, sondern wo ein Jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Im Zucht haus ist jetzt wenigstens ein Mann zur Controle, das ist ein achtbarer Beamte, über den man sich beschweren kann, aber wer werden dann die Aufseher sein, bei diesem allgemeinen Zucht haus? Das werden die

Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosen Tyrannen und Knechte der Tyrannen sein, die je gefunden wurden. Ich glaube, Jeder wird, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Kriegen zu erfahren kriegen, abgeschreckt werden; denn offen hat noch keiner der Herren ein Programm geben können; sowie sie mit einem Programme auftreten, wie sie sich die Zukunft gestaltet denken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen.

Das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch meines Wissens den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Baffalle darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich, denn er wußte viel und hatte viel gelernt; das möchte ich nur den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, immer empfehlen.

Unsere Unterhaltungen drehten sich ja gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht; aber auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, dasselbe durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe es mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition acceptirt. In den damaligen Rivalitäten mit den Gegnern des Reiches war die Karte einmal ausgespielt, wir haben sie als auf dem Tische liegen gebliebene Hinterlassenschaft gefunden. Eine feste Ueberzeugung von ihrer Wirkung habe ich damals schwer gehabt, wenigstens nur nach der Richtung, daß im Kampfe dieses populäre Mittel benutzt wurde. Eine Ueberzeugung über die Wirkung ist nicht leicht zu gewinnen, obgleich wir eine langjährige Probe verschiedener Systeme neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag nach allgemeinem Stimmrecht, ein anderes System für den preussischen Landtag. Viele von Ihnen sind ja Mitglieder beider Versammlungen, Sie können sich einigermaßen ein Urtheil über beide Systeme bilden und sagen, was Ihnen besser gefällt. Ich will lieber, wird der Eine sagen, mit dem Reichstage verkehren; der Andere vielleicht lieber mit dem Landtag. Ich will weder dem Landtage etwas Unangenehmes, noch dem Reichstage eine Schmeichelei sagen, aber ich verlehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechtes, trotz der Auswüchse desselben. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden. Aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht ad absurdum geführt (als unrichtig erwiesen) wäre durch diese Ergebnisse.

Ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften, — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Sei es nun unter dem Eindruck von Baffalle's Raisonnement, oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte, mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühenden Verhältnissen existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des

Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmergewinnes zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Sr. Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen hat, gesprochen, und der König hat damals eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brod gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen. —

Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens das, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber das war nicht mein Departement; ich hatte die Zeit nicht dazu; es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik; während des Konfliktes war viel zu thun; man hatte keine Zeit zu derartigem. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Se. Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen.

Ich komme zu der Frage zurück, wann und warum ich diese Bemühungen aufgegeben habe. Es stammt dies von dem Augenblicke her, wo in versammeltem Reichstage, ich weiß nicht, war es der Abg. Bebel oder Liebknecht, im pathetischen Appell die französische Kommune als ein Beispiel von politischer Weisheit hinstellte und sich offen zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblicke an habe ich die Wucht der Ueberzeugung empfunden, dies war ein Lichtstrahl, der mir plötzlich die Sache erhellte. Seitdem habe ich in diesen Elementen einen Feind bekämpft, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die in dieser Beziehung von mir gemachten Versuche sind ja noch in der Erinnerung des Reichstages; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe viel Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat an den Versuchen nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals auf der Tribüne gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloß als eine rhetorische Form zu nehmen, hat sich denn das nicht seit der langjährigen Pressfreiheit immer gezeigt, auch ohne daß es so deutlich wird wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels, ich glaube aus einem sozialistischen Blatte, da war der Mord des Generals Mesenzow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse gemacht und er schloß mit dem Worte: disceite moniti! (Ihr seid gewarnt!) Der Artikel wird Ihnen wohl allen in Erinnerung sein. In ganz jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und Alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch ihrer



Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden und dergleichen mehr, und es schloß auch mit der deutlichen Wendung des *dis cito moniti* mit dem Anklang an diesen Artikel, der große Entrüstung erregte: ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem, als vor dem nihilistischen Messer und der Nobiling'schen Schrotflinte. Ja, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann verliert jede Existenz jeden Werth, und ich hoffe, daß der Reichstag daher der Regierung, dem Kaiser, der den Schutz für seine Person, für seine preussischen Unterthanen und seine deutschen Landesleute verlangt — daß wir ihm zur Seite stehen werden. Daß bei dieser Gelegenheit vielleicht einige Opfer unter uns fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber jeder, dem das passiert, mag eingedenk sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfelde der Ehre bleibt.

### Die Mordversuche und die Socialdemokratie.

Aus der Rede des preussischen Bundesbevollmächtigten Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg, bei der ersten Lesung der Socialistenvorlage.

Es ist in zwei Beziehungen in ganz bestimmter Weise Bezug genommen worden auf eine Auskunft, die von den Vertretern der Bundesregierungen erwartet wird; die eine betrifft die gegen den inzwischen verstorbenen Verbrecher Nobiling stattgehabte Untersuchung, die andere gewisse Beziehungen, welche zwischen der königlich preussischen Regierung und socialdemokratischen Vereinen oder Führern stattgehabt haben sollen. In der ersten Beziehung habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Mittheilung der Verhandlungen des Prozesses, welcher gegen Nobiling eingeleitet war, die preussische Justizbehörde zu befinden haben würde, wenn die Vorlegung verlangt wird. So viel aber kann ich Ihnen sagen, daß in der That eine Vernehmung Nobilings stattgefunden hat und daß er in dieser Vernehmung, soviel mir davon bekannt geworden ist, ausgesagt hat, daß er an socialdemokratischen Versammlungen Theil genommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden habe. Mehr mitzutheilen muß ich mit Rücksicht auf den Umstand, daß die preussische Justizbehörde über die Vorlegung der Akten zu befinden hat, mich enthalten. Wenn nun aber daraus weiter gefolgert worden ist, daß ein Zusammenhang zwischen den ruchlosen Thaten, die im Mai und Juni d. J. stattgefunden haben, und der Socialdemokratie nicht existire, muß ich zunächst Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich im Mai von dieser Stelle aus bereits gesagt habe, die Behauptung ginge nicht dahin, daß diese Thaten direkt von der Socialdemokratie angezettelt seien; ich bin auch jetzt nicht in der Lage, diese Behauptung aufzustellen oder überhaupt in dieser Richtung Neues beizufügen. Die Behauptung ging vielmehr dahin, daß die Lehren der Socialdemokratie und die Art und Weise, wie sie in einer leidenschaftlichen Agitation verbreitet werden, wohl geeignet wären, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen,

wie wir sie zu unserm tiefsten Bedauern haben erleben müssen, und an dieser Behauptung glaube ich, in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der socialdemokratischen, auch heute noch festhalten zu müssen. Indem ich sicher bin, in dieser Richtung einem Widerspruch nicht zu begegnen, bin ich aber doch genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber, die vorher aufgestellt worden sind, daran zu erinnern, welche Stellung die socialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Wie es hier soeben geschehen ist, so wird immer vorangestellt, daß die Socialdemokratie den Mord, unter welcher Gestalt er auch aufträte, verabscheue. Was aber geschieht gleichzeitig? Es wurde zunächst in den Organen der Socialdemokratie der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien. Als man einsah, daß auf dem Wege nicht fortzukommen sei, da ging man dazu über, die Inzurechnungsfähigkeit der beiden Verbrecher zu behaupten, sie als isolirte Idioten und ihre Thaten als Erscheinungen darzustellen, wie sie zu allen Zeiten hin und wieder vorgekommen seien und für die Niemand anders verantwortlich sein könne.

Meine Herren, die Untersuchung, die geführt worden ist, hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die beiden Männer irgendwie nicht im Stande gewesen seien, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Im Gegentheil, Alles, was sich hat feststellen lassen, ist das, daß mit vollkommener Zurechnungsfähigkeit und im letzten Falle mit einer boshaften abgesehenen Prämeditation gehandelt worden ist, wie sie wohl selten vorkommt. Demnächst ist man aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern es ist in vielen Organen der Socialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen. Man hat nicht die Thäter, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht für die Verbrechen, welche begangen worden waren. Sie werden sich erinnern eines Artikels des Hauptorgans der Socialdemokratie, des Leipziger „Vorwärts“, welcher schließt: „Nicht sie gehören auf die Anklagebank, sondern Ihr, — Ihr, die Gesellschaft, die es mit den wahnwitzigen und nichtsnutzigen Zuständen hervorgerufen hat, daß dergleichen geschieht.“ Parallel damit gingen die Äußerungen über die frevelhaften Thaten, die in Rußland gegen hohe Beamte versucht, beziehungsweise vollführt sind. In Beziehung auf das Attentat der Wera Saffulitsch und den Mord des Generals von Mesenzow haben Sie in einem hier erscheinenden Blatte die Frage gelesen: „Nun, was blieb Jenen denn übrig? Wie anders konnten sie sich helfen?“ Endlich hat die Socialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit direkten Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. — — —

Ich glaube also voll und ganz berechtigt zu sein, wenn ich wiederhole, die Lehren, die Tendenzen und die Agitationsweise der Socialdemokratie sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen. Und wenn Sie diese Lehren und Ziele der Socialdemokratie etwas näher ins Auge fassen, dann ist nicht, wie vorhin gesagt worden ist, die friedliche Entwicklung das Ziel, sondern die friedliche Ent-